

**Rede Justizminister Dr. Holger Poppenhäger
„Europa als Rechtsgemeinschaft – gerade auch im Grenzraum“
aus Anlass der
Jahrespressekonferenz der Euregio Egrensis
am 12.03.2010, 10.00 Uhr
in Schleiz - Wisentahalle**

Es gilt das gesprochene Wort

1

Anrede,

gerne habe ich die Einladung, die Landrat Frank Rosner mir übermittelt hat, angenommen, um heute im Rahmen der Jahreskonferenz der Euregio Egrensis zum Thema: „Europa als Rechtsgemeinschaft – gerade auch im Grenzraum“ zu sprechen.

Ich glaube zwar nicht, dass die hier lebenden Bürgerinnen und Bürger besonders auf die rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen - seien sie national oder auch europäisch - hingewiesen werden müssten, auch wenn Grenzräume – zumindest früher - fast immer auch ein wenig „Freiräume“ für alle möglichen „Geschäfte“ waren, es gibt ja ganze Filme und Opern, die von Schmugglergeschichten - in meist romantisierender Form - berichten.

Ich glaube aber, dass Grenzräume in ganz besonderer Weise dazu geeignet sind, Sensoren zu sein, für das, was wichtig ist bei der Entwicklung politischer Prozesse. Es ist doch relativ einfach, in den Parlamenten der nationalen und regionalen Hauptstadt Entscheidungen zu treffen, die z. B. die weitere Entwicklung der Europäischen Integration betreffen, es ist aber ungleich schwieriger, die rechtlichen und tatsächlichen Folgen solcher Entscheidungen dann vor Ort auch zu realisieren.

Ich meine damit ausdrücklich nicht die Entscheidungen, die der Erweiterung der Europäischen Union vorausgegangen sind, obwohl natürlich auch diese enorme Veränderungen im Kleinen mit sich gebracht haben. Sie hier in der Euregio Egrensis wissen das sicher am besten.

Die in Grenzräumen lebenden Menschen sind von der Geschichte oft in besonderem Masse immer wieder überrollt worden von fundamentalen Veränderungen bis hin zum mehrfachen Wechsel der jeweiligen Zugehörigkeit zu einem bestimmten Nationalstaat.

Das gilt im Osten wie auch im Westen, im Norden und im Süden Europas gleichermaßen, und unsere tschechischen Nachbarn wissen aus ihrer jüngsten Geschichte besonders, wie schnell sich gerade erst gemeinsam gewonnene Eigenständigkeit in unterschiedlichster Form sehr schnell wieder verändern kann. Ich meine damit sowohl die Rückgewinnung der demokratischen Souveränität über die frühere Tschechoslowakei als auch den – Gott sei Dank friedlichen – Trennungsprozess in Tschechien und die Slowakei, sowie die hierauf folgende Integration in die EU mit ihrem Angebot einer transnationalen Identität.

Das ist ja gerade einer der großen Vorteile des Europäischen Integrationsprozesses, dass das „Nationale“ durchaus seinen Raum haben kann, dass aber die gemeinsame Gestaltung von Zukunft eben grenzüberschreitend diskutiert, entwickelt und entschieden werden kann.

Das fängt bei Fahrradwegen an, betrifft die Wahrnehmung gemeinsamer Chancen im großen Tourismusmarkt ebenso wie die kontinental und sogar global zu entwickelnden Infrastrukturen nicht nur im Verkehrs- sondern auch im Informationsnetzwerk.

Peter Glotz, der Gründungsrektor der neuen Erfurter Universität, die im Übrigen neueren Forschungen zufolge, die älteste deutsche Universität ist (was das Ausstellen der Erlaubnis zur Lehre nicht aber deren Aufnahme betraf), hat als jemand der im „Grenzraum“ aufgewachsen war, immer wieder vor dem Irrweg des Nationalstaates gewarnt.

Er hat auch auf die großen Verdienste der KSZE hingewiesen, die ja nur deshalb auch so nachhaltige Erfolge erzielen konnte, weil sie die global bedeutsamen, außereuropäischen Mächte der damaligen Zeit mit eingebunden hat.

Für den Raum der Euregio Egrensis war die KSZE auch deshalb von besonderer Bedeutung weil der frühere tschechische (zunächst auch tschechoslowakische) Präsident, Václav Havel, den Text der in Helsinki getroffenen Vereinbarungen ernst genommen hat. Er hat mit der Charta 77 viel in Bewegung gesetzt, was heute noch Bestand hat. Er hat dafür einen hohen Preis zahlen müssen, den langjährigen Verlust von äußerer Freiheit, aber er hat in vielen seiner eindrucksvollen Reden auch immer wieder darauf hingewiesen, dass die wichtigste Freiheit im Inneren eines jeden einzelnen Menschen lebt, und dass sie von der Festigkeit der eigenen Überzeugung lebt, die einem letztlich niemand nehmen kann.

In seinen „Sommermeditationen“, die er 1991 vor seiner 3. Kandidatur zur Wiederwahl als Präsident geschrieben hat, sagt er aber sehr deutlich, wie wichtig das geschriebene Recht, die „Herrschaft der Gesetze“ für ihn sei, weshalb er auch seinerzeit als 1989 frisch gewählter Präsident den Verfassungsprozess in seinem Land so beschleunigt sehen wollte:

*„Es nützt nichts: Wir stehen am Anfang einer Zeit, in der wieder Gesetze herrschen, und daher beginnt es wieder wichtig zu werden, was für Gesetze wir haben Und dabei kommt es besonders auf die **Verfassung** an, von der sich alle weiteren Gesetze ableiten. Das Alltagsleben eines jeden von uns hängt in genau dem Masse von der Verfassung ab, wie es von dem Staat abhängt, in dem wir leben ...“*

2.

In der EU hat es zu einer wirklichen Verfassung leider auch diesmal noch nicht gereicht, aber der Lissabonner Vertrag ist eine in vielen Bereichen durchaus ebenbürtige Rechtsgrundlage für das nächste Jahrzehnt, wobei ich davon ausgehe, dass ein neuer Anlauf zur Verfassung eine Weile auf sich warten lassen wird.

Für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist zumindest in dem Artikel des Lissabonner Vertrages, der den Ausschuss der Regionen betrifft, dem ich ja auch angehöre, festgelegt worden, dass der AdR besonders dann von EP, Rat und Kommission anzuhören ist, wenn es um Fälle der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geht (Art. 307 AEUV).

Wir werden aus rechtspolitischer Sicht mit der Umsetzung des Lissabonner Vertrages und dem hierauf aufbauenden Stockholmer Programm genügend zu tun haben und auch genügend nachhaltige Veränderungen und Verbesserungen für die europäischen Bürgerinnen und Bürger erreichen können, das gilt insbesondere auch mit Blick auf die Grundrechtecharta, an der Thüringen ja maßgeblich mitgearbeitet hat.

Sowohl für die Bürgerinnen und Bürger aber vor allem auch für alle, die im Rechtsstaat Garantenfunktion haben, neben der Justiz vor allem auch die Verwaltungen, bedeutet das Stockholmer Programm den endgültigen Einstieg in den Rechtsraum Europa in die „Europäische Rechtsgemeinschaft“, eine Formel, die auch Walter Hallstein und später Jaques Delors gerne gewählt haben wenn sie von ihrer Vision für Europa sprachen. Europa hat aus Kriegen und Bürgerkriegen gelernt, dass es eine gemeinsame Zukunft nur als eine durch Recht verfasste Gemeinschaft haben kann.

Jean-Claude Juncker empfiehlt den Europaskeptikern immer einen Besuch auf den Soldatenfriedhöfen, um sich vom Nutzen der europäischen Einigung und des Friedensprojektes überzeugen zu lassen.

3.

Wenn ich eben gesagt habe, dass es eine Weile dauern wird bis in Europa ein neuer Anlauf für eine Verfassung gestartet werden wird, so bedeutet dies ja nicht, dass wir deshalb untätig sein müssten.

Wir sollten z.B. durchaus in Thüringen darüber diskutieren, ob es zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution nicht an der Zeit ist, auch unsere Verfassung zu überprüfen, sie zu „europäisieren“. Sachsen, Baden-Württemberg und auch Bayern - unsere Partner in der Euregio - haben sehr interessante Artikel in ihren Verfassungen zum Thema Europa der Regionen und auch zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Als Thüringer Verfassungsminister könnte ich mir durchaus vorstellen, dass auch wir die laufende Legislaturperiode dazu nützen, uns mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Auch wenn Thüringen selbst nicht unmittelbare „Grenzberührung“ hat, die Auswirkungen und die Notwendigkeit sich mit dem offenen, gemeinsamen Raum zu befassen, ist doch vielfach gegeben, das lässt sich unschwer an der Themenvielfalt erkennen, die Ihre Arbeit ausmacht.

Gerne würde ich zu diesem Thema auch mit den Arbeitsgemeinschaften der Euregio Egrensis zusammenarbeiten, von Ihrer Erfahrung profitieren und sie vielleicht auch in absehbarer Zeit in geschriebenes Recht umsetzen. Ich werde hierzu auch mit dem Europaausschuss des Landtages diskutieren, denn der Landtag ist ja auch gerade dabei, sich europapolitisch stärker aufzustellen, um den durch den Lissabonner Vertrag gestiegenen Anforderungen, z.B. durch die zusammen mit dem Bundestag und dem Bundesrat zu gewählende Vorabprüfung rechtspolitischer Initiativen der EU auf ihre Subsidiaritätsverträglichkeit gewährleisten zu können.

Mit dem früheren Justizminister Gustav Heinemann bin ich der Ansicht, dass „die Waffe des Schwachen seit je das geschriebene Recht war. Am Anfang unserer abendländischen Rechtskultur steht vor 2500 Jahren das Aufbegehren der Plebejer in Rom gegen die Patrizier mit der Forderung, niederzuschreiben, was in Rom rechtens sei. Die Patrizier als die Mächtigen sperrten sich dagegen. Am Ende des Streites entstanden die weltbekannten 12 Tafeln des Römischen Rechtes, auf die sich der civis romanus, der römische Bürger, berufen konnte.“

Ich möchte, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in den europäischen Grenzräumen, aber auch hier in der Euregio Egrensis darauf berufen können, dass ihre Anliegen und die Besonderheit ihrer Lage immer auch berücksichtigt werden.

Grenzräume sind auch „Narben“ der Geschichte, sie bedürfen der besonderen Pflege, dabei will ich gerne helfen.